

se für heute Abend die Sitzung.

Schluss 6 Uhr abends.

Fortsetzung am nächsten Tage, 28. Dezember 1928.

(Konferanzzimmer-Besprechung vorher)

Beginn 10 1/4 Uhr.

Referent: referiert über das Gesetz, das in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission ausgearbeitet wurde, und nach welchem der Spar- und Leihkasse ein Dotationskapital von Fr 600,000 zur Verfügung gestellt wurde und Fr 400,000 im Laufe des Jahres 1929 weiter zur Verfügung gestellt werden.

Die Finanzkommission habe sich bestimmt gefunden, das Kapital der Spar- und Leihkasse zu geben, um den Kredit nach aussen hin zu sichern. Die fürstliche Regierung habe die nötigen Unterlagen, aus denen hervorgehe, dass die Sparkassa das Dotationskapital dringend benötige.

Chef: gibt sodann die Ausfälle der Sparkassa/auf Grund von Aufschreibungen aus Wechselverpflichtungen bekannt.

Die genauen Daten werden jedem Abgeordneten schriftlich zugestellt werden.

Chef: liest sodann die Liste über die ungedeckten Kredite vor, ohne Nennung von Namen und erklärt dass die ganze Angelegenheit in einem ausführlichen Berichte der Sparkassa behandelt werde.

Dieser Bericht wird den Abgeordneten szt. ebenfalls zugestellt. Der Betrag aus den faulen Krediten macht Fr 1,123,979.40 aus.

Chef: erklärt noch, dass diese Zahlen noch umso niederschmetternder wirken, wenn man einmal die Namen der bezüglichen Personen kenne. Wenn das Dotationskapital in der Sparkassabilanz aufscheine, so habe das auf die ganze Geschäftsführung einen grossen Einfluss. Das Land habe bei der Sparkassa ein Guthaben von Fr 1,452,000.-, die Sparkassa buche das Dotationskapital um. Die sichergestellten Wechselverbindlichkeiten der Sparkassa

machen einen Betrag von Fr 839,000 aus.

Batliner: Der ungedeckte Kredit ist in den Büchern eingeschrieben. Was

sagte die Treuhandgesellschaft dazu ?

Präsident:
Chef: Die Treuhandgesellschaft sagt im Revisionsbericht, sie habe diese ungedeckten Kredite immer gerügt. Jedoch die höchsten Zahlen seien erst in diesem Jahre aufgelaufen. ~~Die Treuhand~~

Präsident:
Chef: Ich denke, die Treuhandgesellschaft konnte nicht Punkt für Punkt überprüfen, sondern musste sich mit Stichproben begnügen. Bezüglich der Kreditwürdigkeit der einzelnen Parteien war sie nicht so auf dem Laufenden, der heutige Verwaltungsrat kann diese besser beurteilen. Von der ^{österreich.} Treuhandgesellschaft wurde im Jahresberichte immer gerügt und immer von ungedeckten Krediten und auch von skandalösen Zuständen gesprochen, ~~man~~ ^{Sie} lehne jede Verantwortung ab u.s.w.

Präsident: Die aufscheinenden Misstände würden auch gerügt, aber sie wurden nicht abgestellt, dies ist das traurige an der Sache.

Präsident:
Risch: Wenn aber der Bericht der Treuhandgesellschaft dem Verwaltungsrat der Sparkasse mitgeteilt worden ist und der Präsident des Verwaltungsrates keine Sitzung einberufen hat, so muss der zur Verantwortung gezogen werden, speziell der Präsident.

Präsident: Das wird Sache des Gerichtes sein. So etwas gehört unbedingt vor das Gericht. Hier ist nicht der Ort, darüber zu urteilen.

Präsident:
Büchel Mauren: Mir ist nicht ganz klar, was im Gesetz wegen der Zinsen nichts steht.

Präsident: Ich verweise auf das im Konferenzzimmer hierüber Vorgebrachte.

Büchel : Ich bin damit aufgeklärt.

Es kommt somit zur Abstimmung durch Handerhebung:

Ergebnis der Abstimmung:

Alle Abgeordneten sind für das Gesetz und Gewährung des ~~Kredit~~ Dotationskapitals.

Präsident:
Büchel:

Es wird mir immer vorgeworfen, ich hätte von den Wechseln ge-

wusst und ich gehöre eigentlich auch eingesperrt. Ich habe mich bisher in der Presse nicht weiter darüber ausgelassen, ich möchte aber die heutige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, mich hierüber einmal zu äussern. Ich habe wohl einmal gehört, dass Wechsel der Sparkasse im Umlauf seien. Dies wurde aber dann vom Verwaltungsrat der Sparkassa in Abrede gestellt. Ich bin dann beruhigt gewesen und habe mich nicht mehr verpflichtet gefühlt, weiter zu gehen. Ich werde zu gegebener Zeit, wenn diese Anpöbelung nicht aufhört, gegen die Betreffenden einschreiten. Das Gericht wird dann sprechen, ob ich schuldig bin oder nicht.

Präsident: Ich möchte eine Frage daran knüpfen, die die Öffentlichkeit interessiert: Was für ein Zeitraum ist verstrichen, zwischen dem Bekanntwerden dieser Sachen und der Sitzung des Verwaltungsrates.

Bücheli: Nicht ich habe mich mit dem Präsidenten des Verwaltungsrates auseinandergesetzt. Als ich das erste mal davon hörte, mag jetzt etwa 3/4 Jahr her sein. Derjenige, welcher mir sagte, es seien Wechsel der Sparkassa im Umlauf, hat auch ^{einem} Verwaltungsratsmitglied der Sparkassa das Gleiche mitgeteilt. Dieses hat dann das Ganze bei der Sitzung des Sparkassaverwaltungsrates vorgebracht. Daraufhin soll der Präsident den Thöny gerufen haben und ihn gefragt haben, ob das wirklich wahr sei, dass Wechsel im Umlauf seien. Verwalter Thöny habe dann das bestritten. Darauf habe der Präsident erklärt, man wolle Politikin die Sparkassa bringen, es sei nicht richtig, dass Wechsel im Umlauf seien. Der betreffende Herr hat mir diese Mitteilung gemacht und gesagt, dass die Sache in der Sparkassa behandelt wurde und dass also vorläufig nichts zu machen sein. Bei den gespannten politischen Verhältnissen durfte ich es dann nicht mehr wagen, weiter zu gehen und wenn man noch weiter wissen will, warum so kann ich noch beifügen, dass ich in der Klassenlotterie und bei verschiedenen anderen Sachen schon aufmerksam gemacht habe und dann im Kote herumgezogen wurde. Anfangs Jänner 1926, kurz vor den Wahlen, schrieb ich einmal, heraus mit den öffent-

lichen Geldern aus der Sparkassa, wenn man sie mit solchen Unternehmungen in Verbindung bringt! Darauf ging ein grosses Gezetter los. Jch durfte es somit nicht mehr wagen. Hier noch ein weiteres Wort zu sagen, sonst hätte man wieder das gleiche getan und hätte gesagt, ich sei schuld an der Sparkassaaffäre. Eine Affäre, wie sie dann herauskam, hätte ich nie mir vorgestellt. Jch dachte, wenn der Verwaltungsratspräsident aufmerksam gemacht worden sei, hätte man wenigstens darauf geschaut, dass in Zukunft solches nie mehr vorkomme. Wenn weitere Auskunft verlangt wird, bin ich gerne bereit, diese Auskunft zu geben. Jch wollte nicht stänkern an der Sparkassa, dafür waren andere da, auf die Geschäftsführung der Sparkassa zu schauen. Die Regierung ist von der Sparkassa getrennt. Mein Verhältnis zur Sparkassa war ein ganz anderes, als jenes des Präsidenten des Verwaltungsrates.

Präsident: Die Mitteilung an den Verwaltungsratspräsidenten und an Sie floss also aus gleicher Quelle?

H. Büchel: Als der Herr mir dieses mitteilte, sagte er mir, dass er es bereits dem Sparkassaverwaltungsratsmitglied mitteilte. Er sagte, ich solle abwarten, aus aus der Sitzung herauskommen werde. Das Verwaltungsratsmitglied brachte es in der Sparkassa-Sitzung vor. Das Verwaltungsratsmitglied wusste alles vor mir.

H. Batliner: Jch werde in die Sache auch hineingezogen. Jch kann ganz genau Aufschluss geben, was ich wusste. Jch hörte zu einer Zeit, dass man bei den Agenten immer gefragt hat, wie steht es mit unserer Sparkassa? Was ist mit ihr, ist sie kreditfähig? Jch habe dies durch Agent Bühler erfahren. Das kam mir dann verdächtig vor. Jch sagte dann, wenn ein Abgeordneter im Landtagssaal fragen würde, was ist mit der Sparkassa, was ist da für ein Zusammenhang, dass man immer der Sparkassa nachfragt, da könnte man die ganze Sparkassa schädigen mit einem Schlag und von daher rührt der Vorwurf gegen mich her, ich hätte gesagt, ich könnte das ganze Land auf den Kopf stellen, nämlich durch eine Frage im Landtage. Jch habe übrigens der

ganzen Geschichte nicht viel Gewicht beigemessen und habe mir gedacht, das sei halt Politik. Ich dachte, diese Politik steht auf schwachen Füßen.

Risch: Ich muss mich auch noch ein bisschen rechtfertigen. Agent Bühler sagte einmal im Cafe Risch in Schaan in Gegenwart des Reg. Rates Frick von Balzers, er möchte einmal anfragen, wie es sei, ob die Klassenlotterie in Rumänien zusammenhänge mit unserer Sparkassa. Es kämen oft Anfragen, ob Kredit gewährt werden könne, bald von da, bald von dort her. Frick war dann sehr aufgeregt. Ich meinte dann, wir müssten bei der Regierung auftrappen. Bühler sagte dann, er lasse sich nicht ins Boxhorn jagen. Ich bin dann verhört worden, jedoch nur über meinen Antrag.

Präsident: begrüsst, dass die Mitglieder des Landtages sich bemühen, ihre Ehre vor der Öffentlichkeit zu sichern.
Fortsetzung betreffend Wirtschaftskammer.

Präsident: Die Voten, die gestern Abend gefallen sind, war ein Antrag auf Abschaffung der Wirtschaftskammer. Dann wurden ein par Fragen betreffend Aufklärung in dieser Angelegenheit gestellt. Dagegen wurde gesprochen, dass es ein grosser Aufwand wäre, wenn man die Wirtschaftskammer beibehalten würde. Der Hauptpunkt, der besprochen wurde, scheint mit der gewesen zu sein, dass die ganze Institution ihrem Zwecke nicht genüge. Ich habe mich dann erkundigt und habe mir sagen lassen, es könnte sich hierbei um eine Personalfrage handeln.

Ich stelle nun die Frage, ob der Vorwurf gegen die Wirtschaftskammer nur eine Personalfrage ist. Wenn aber objektive Gründe gegen das Institut da sind, soll man sich hiezu äussern. Ich bin gestern hierüber nicht klar geworden.

Marxer: Es war einmal in Schaan eine Versammlung des Bauernvereins. Diese bekam keine Vertretung in der Wirtschaftskammer.

Risch: Weder der Bauernverein, noch das Gewerbe oder die Arbeiterschaft ist in der Wirtschaftskammer vertreten.

Präsident: Ich sehe, es wird gerügt, dass der Bauernverein, das Gewerbe und

der Arbeiterverein in der Wirtschaftskammer nicht vertreten sind, dann hat die Regierung kein Interesse daran.

Präsident: Warum ist z.B. auch die Lehrlingskommission nicht im Mitgliederverzeichnis der Kammer ~~rat~~.

Präsident: Wenn die Wirtschaftskammer fällt, fällt die Lehrlingskommission auch zusammen. Dass aber das Lehrlingswesen vorwärts besteht, daran hat das Land ein Interesse. Warum die Lehrlingskommission nicht im Verzeichnis der Kammerräte eingetragen ist, weiss ich nicht.

Präsident: Die Organisation der Wirtschaftskammer war folgende:

Es werden 4 Stände eingeladen, ihre Interessen durch Kammerräte in der Kammer vertreten zu lassen, und zwar:

- 1.) Handel und Gewerbe, (hat keine Vertretung)
- 2.) ~~Arbeitserschaft~~ Landwirtschaft (hat auch keine Vertretung)
- 3.) Arbeiterschaft (keine Vertretung)
- 4) Freie Berufe (auch keine Vertretung.

Das Gewerbe allein ist mit der Wirtschaftskammer noch durch die Lehrlingskommission verbunden.

Präsident: Seinerzeit war der Gewerbeverein und der Arbeiterverein bei der Kammer, die haben sich aber dann von derselben losgetrennt.

Präsident: Wenn die Kammer existieren soll, müsste sie reorganisiert und auf eine andere Basis gestellt werden.

Präsident: Ich bin schon der Ansicht, dass die im Rechenschaftsberichte vom Jahre 1927 angeführten Arbeiten eine Mache darstellen. Ich glaube, das lässt sich anders machen durch die Regierung und die Regierungskanzlei. Dabei soll auch das Lehrlingswesen nicht vernachlässigt werden. Ich möchte beantragen, die Sache noch näher zu untersuchen. Aber bezüglich der Post von Fr 4000.- soll abgestimmt werden.

--- Es wird sodann von Herrn Präsidenten Pfarrer Frommelt der ganze Rechenschaftsbericht der Wirtschaftskammer über das Jahr 1927 verlesen.

Reg. Chef: Im Jahre 1928 sind 500 Stück bei der Arbeitskammer weniger eingegangen, als im Jahre zuvor. Um beurteilen zu können, ob die Regierung die Geschäfte der Wirtschaftskammer übernehmen kann, müsste ich die Post der Wirtschaftskammer 8 Tage lang übernehmen und das Ganze kontrollieren. Ich kann des Eindruckes nicht erwehren, dass es zur Not gerade ginge, dass wir alles übernehmen. Es kann aber bei der Wirtschaftskammer viele Arbeiten geben, die ich heute nicht übersehen kann. Ich habe darum den Antrag gestellt, die Sache der Regierung zu überweisen und für 8 Tage den Kammersekretär zu beurlauben. In 8 Tagen wissen wir, wie die Sache steht.

Präsident: Die Fr 4000.- sind Budgetsache.

Sch: Nachdem Feger einmal in Urlaub war, ist es dort auch gegangen. Die Arbeiten hat die Sparkassa gemacht und man sagte mir bei der Sparkassa, man hätte die Arbeiten in einer halben Stunde gemacht, dabei aber manche wichtige Akten zurückgestellt.

Präsident: Die meisten Arbeiten werden die mündlichen Erörterungen mit den Parteien ausmachen.

Atliner: Mir kommt der Bericht ziemlich mager vor. Ich habe mir vorgestellt, dass ein anderer Bericht kommt. Die Wirtschaftskammer kann durch die Regierung gesorgt werden und es soll auch in Zukunft noch mehr geschaffen werden, für Arbeiterschutz überhaupt. Bei den Arbeitern ist eigentlich nichts geschehen. Ich bin dafür, die Wirtschaftskammer soll aufgehoben werden. Es soll schriftlich abgestimmt werden.

S. Risch: Was den Fremdenverkehr anbetriift, ist nicht viel erreicht worden, nicht soviel Fremde waren z. B. auf der Sükkä und auf Gaflei wie vor dem Kriege.

Amann: Betreffs Fremdenverkehr möchte ich sagen, dass die heutige Welt mehr fordert, als wir bieten können. Die Wirtschaftskammer ist noch in der Entwicklung. Sie muss sich erst recht ausbauen. Sie hat schon viel geleistet und würde noch mehr leisten, wenn

Reg. Chef: Ich würde es begrüßen, wenn unter "Soziale Fürsorge" mehr geschehen würde.

Präsident: Betreffs Kranken- und Unfallversicherung habe ich mich persönlich einmal bemüht, nämlich bezüglich Aufnahme unserer Arbeiter in einen Schweizerischen Verband. Die Sache wurde dann beim Bundesrat abschlägig beschieden. Die Schweizer Krankenkasse bezog nämlich Unterstützungen durch den Bund und man sagte eben, Liechtenstein sei Ausland. Man sollte von Regierung zu Regierung gehen und auf diesem Wege etwas zu erreichen suchen. Vielleicht kann die Regierung bezw. das Land dann auch wie der Bund einen Beitrag leisten.

« Was die Stipendien anbetrifft, so wurden die im letzten Jahre eingesetzte Post nicht erschöpft.

Reg. Rat Büchel: Was die Kranken- und Unfallversicherung betrifft, sollte man alles studieren und mit der Schweiz ein Abkommen zu treffen suchen, dass wir diesbezüglich nicht als Ausland betrachtet werden. Man sollte unter dem Titel Soziale Fürsorge "Verschiedenes" ca. Fr 2000.- mehr einsetzen. Würden wir den Betrag nicht erschöpfen, kann man ihn unter diesem Titel auch zu anderen Sachen verwenden.

Reg. Chef: Kein Posten erhebt soviel Verwendungsmöglichkeit wie Soziale Fürsorge". Man kann auch mit einem kleineren Betrag das Auslangen finden, wenn man nämlich nichts gibt.

Reg. Rat Büchel: Die Leute müssen schon entschuldigen, wenn die Vertreter der Regierung sich hier krampfhaft für eine Erhöhung einsetzen. Es tut einem weh, wenn man Familienväter oder einer Witwe mit Kindern, oder einem Witwer ohne Haushälterin auf ein Gesuch hin bloss etwa 20 Fr geben kann. Es kommen oft 5-6 Gesuche in einer Sitzung. Wenn der Landtag sich herbeilassen würde für Soziale Fürsorge, Blindenfürsorge, Taubstümmenfürsorge etc. mehr einzusetzen, so wäre das Geld gut verwendet und die Leute wären sicher dankbar.

g.Risch. Ich möchte den Antrag Büchels unterstützen.

Es kommt sodann zur Abstimmung die Frage, ob es bei den budgetierten Fr 1500.- bleiben oder ob eine Erhöhung auf Fr 3500.- einzutreten habe.

Ergebnis der Abstimmung:

11 Stimmen für Erhöhung auf Fr 3500.-

2 Stimmen leer,

1 Stimme gegen Erhöhung.

Zum Punkte III. Bauamt lit. b.) Mietzinsen.

Der Herr Präsident beruft sich auf das im Konferenzzimmer Vor-gebrachte und schreitet zur Abstimmung, ob Alregierungschef ^{Chef-} Schädler unter den jetzigen Bedingungen in der Wohnung belassen werde oder hier eine Aenderung eintreten soll.

Ergebnis der Abstimmung:

11 Stimmen gegen den Fortbestand dieser Miete,

2 Stimmen für den Fortbestand dieser Miete,

1 Stimme leer.

Die Regierung wird somit beauftragt, das Mietverhältnis zu ändern.

Chef: Ich möchte jetzt den Landtag bitten, seine Wünsche näher zu präzisieren und sich dahin zu erklären, wie jetzt vorgegangen werden soll. Man kann diesen Beschluss entweder morgen schon ausführen und die Kündigung überreichen. Man kann aber den Landtagsbeschluss auch so auffassen, dass dieses bestehende Verhältnis nicht auf die Dauer bestehen bleiben, sondern umgewandelt werden kann in ein anderes, etwa wenn die Linden-Wohnung als Absteigequartier in Beschlag genommen wird.

Präsident: Ich glaube, dass die Regierung die notwendige Klarheit haben dürfte. Die Kündigung muss nicht umgehend erfolgen. Der Zeitpunkt ist bedingt durch 2 Umstände: Inanspruchnahme der Linde und Kündigung des Mietvertrages Vetsch.

Chef: Wir würden die Kündigung erst dann überreichen, wenn die Linde angefordert wird oder wenn Gefahr besteht, dass Vetsch auszieht.

Präsident : liest eine Zuschrift an den Landtag seitens der Gemeinden Balzers, Triesenberg und Triesen und der Alpgenossenschaften Guschgfiel, Gapfahl, Malbun, Guschg Gritsch, Silum, Grossteg und Kleinsteg vor, in dem dieselben ersuchen, Artikel 16 des Jagdgesetzes dahin abzuändern, dass das gesamte Jagderträgnis den Gemeinden bzw. den Alpgenossenschaften nach Verhältnis jener Katasterflächen, mit denen sie an den betreffenden Jagdbezirken beteiligt sind, zur Gänze zukommen soll.

Rat Büchel: Im Gesuche ist angeführt, dass die hiesigen Alpen bei Annahme des Vorschlages nicht mehr eine schlechtere Stellung einnehmen würden, als die Besitzer der Alpen des Unterlandes, es ist aber nicht gesagt, dass sie wesentlich besser gestellt würden, als die anderen. Was im Auslande ist, interessiert uns nicht. Bezüglich Alpenbegehung muss ich sagen, dass man die ausländischen Alpen wohl begehen kann, aber zwingen kann man dort niemanden. In unserem Lande ist es anders. Alle Strassen erhält das Land. Das Land muss die Aufsicht über die Jagd ausüben. Das Land müsste bei Annahme des Gesuches wohl die Jagden versteigern, aber einnehmen könnte man nichts. Das Triesenberger Strassennetz kostet dem Lande soviel, wie dasselbe im ganzen Unterland. Die Lawenastrasse ebenso annähernd so viel. Da hat man letztes oder vorletztes Jahr noch eine neue Strassenstrecke übernommen in die Alpen hinein. Ich würde mich wundern, was für ein Interesse das Land daran hätte, noch alle Strassen in die Alpen hinein zu übernehmen, wenn man demselben den Pacht auch noch abstreiten wollte. Ich könnte mich hiezu nicht verstehen.

Coop: Der Vorredner hat mir schon aus dem Munde genommen, was ich sagen wollte. In Oesterreich müssen wir zu den Strassen und Wegen Beiträge leisten. Was wir für Auslagen haben, für Stand und Gänge ist unglaublich. Wenn z.B. einmal eine Seuche ausbricht, müssen wir das Vieh noch 3 Wochen einstellen. Das Ausland und die hiesigen Alpen sind nicht miteinander zu

vergleichen.

Ident: Welche Beiträge für Strassenerhaltung bezahlen Sie, welche Pächtererträge beziehen Sie?

Prop: Das Jagdpächtertragnis wird nach Joch berechnet, bzw. richtiger die Jagden werden nach Joch eingeteilt. Alpen mit einem bestimmten Ausmass bekommen ein eigenes Jagdgebiet. Eine andere Alpe, die zwar eine grössere Weidefläche hat, aber ein geringeres Ausmass bekommt nur einen Teil eines Jagdrechtes, bildet also für sich allein nicht ein abgeschlossenes Jagdgebiet, sondern wird zu einem anderen Jagdgebiete zugeschoben und erhält als Pächtertragnis eben nur den entsprechenden Teil, der auf die Gesamtfläche entfällt. ~~Wir haben~~ Die eine Alpe bezieht vielleicht 200 S eine andere vielleicht 1000 Fr aus den Jagdpachten.

Wir müssen an die Wege bezahlen, die in die Alpen führen

Reiser: Wir lösten einmal Fr 100.--, dann 150 und schliesslich 200 Fr. aus den Jagdpachten.

Im Montafon will ~~man~~ man eine Strasse in die Alpen anlegen und da verlangt man von uns einen Betrag, im Verhältnis des Flächeninhaltes der Alpe.

Reiser: In heutiger Zeit, wo das Land so viel Schulden hat, kommt es mir komisch vor dass man mit einem solchen Gesuche an das Land herantritt.

Die Unterländer müssen, wenn sie ein Stück Vieh in die Graubündner Alpen geben, 60 -70 Franken bezahlen dafür. Wenn die Gemeinden und die Genossenschaften die Jagden verpachten, bekommen sie vielleicht nur mehr die Hälfte davon, also soviel als sie heute auch bekommen. Andere Gemeinden sollen darben im Wasser, diesen soll man helfen.

Sch: Es ist eine heikle Sache, wenn einer Vorsteher ist und zugleich Abgeordneter. Auf der einen Seite soll man die Interessen der Gemeinde, auf der anderen Seite die des Landes vertreten. Trotz alledem habe ich den Mut, heute für das Land aufzutreten, bei der Lage - nämlich, in der sich das Land heute befindet. Das man so etwas jetzt

anstrebt, wo das Land am Abgrund steht, fällt mir auf.

R. Chef: Es würde sich, soferne man auf das Gesuch eingehen wollte, um die Schaffung eines Gesetzes handeln.

--- Wenn ein neuerliches Gesuch käme, müsste dies rechtlich begründet sein.

ident: Wir entscheiden die Sache nicht endgültig, das Gesuch als solches soll aufrecht bleiben.

Es kommt sodann zur Abstimmung:

Ergebnis: 11 Stimmen für Beibehaltung des Budgetbetrages von
Fr 10303.-- (Jagdpachten)

1 Stimme leer,

1 Stimme auf Streichung des Betrages.

Jch möchte auch noch sagen, dass der Mietzins für die Regierungschef-Wohnung in der Linde nicht eingesetzt ist, und ist diese Post in den Ausgaben nachzutragen.

Ospelt: Jch möchte auch noch etwas sagen zu den Ausgaben für den Landtag. Jch möchte beantragen, dass man bei uns anfängt zu sparen, dass der Landtag unentgeltlich hierher kommt und dass man nur die effektiven Ausgaben verlangt.

ident: Jch wäre damit einverstanden für meine Person und für meine Amtsdauer. Den Landtag verpflichten würde ich nicht. Es wäre Sache eines Gesetzes, das aufzustellen. Die Sache hat ihre Nachteile. Mancher der befähigt wäre, dem Lande gute Dienste zu leisten, könnte dann aus diesem oder jenem Grunde, das nicht mehr tun.

R. Büchel: Abg. Ospelt hat einen sehr sozialen Gedanken zum Ausdruck gebracht, ich möchte ihn wärmstens unterstützen. Aber ich möchte eine kleine Abänderung. Das kann vielleicht nicht ein jeder machen. Nicht jeder kann auf das Entgelt verzichten. Wenn die Landtagsmehrheit dafür wäre, ich verzichte gerne darauf. Diejenigen, die glauben, zu einem solchen sozialen Zwecke beizutragen, werden unseren Dank finden.

Amann: Jch bin in der Sache etwas überrascht worden. Jch selbst könnte

das Opfer bringen. Wir möchten ein gutes Beispiel geben betr. Abbau.

Präsident: Ich bitte zu bedenken, dass Sie dann kein saures Gesicht machen, wenn vielleicht einmal 2-3 Tage nacheinander Landtagssitzungen stattfinden. Eine kleine Entschädigung für die Arbeit, die hier geschieht, ist auch ein Ansporn, sich an der Arbeit zu beteiligen. Abg. Ospelt meinte nur die effektiven Auslagen.

Ospelt: Ich meine unter "effektive Auslagen, dass der Abgeordnete ein rechtes Mittagessen bekommen soll, und dann die Postauslagen. Die Sitzungen finden sowieso meistens im Winter statt. Die das nicht wollen, sollen sich melden und regen.

Kaiser: Ich kann meine Zustimmung nicht geben, Ich bin ein armer Familienvater, habe kleine Kinder, muss morgens 5 Uhr aufstehen, muss kochen und dann muss ich in die Sitzungen gehen. Ich habe meine Post- und Reiseauslagen. Ich könnte auf eine Entschädigung nicht verzichten. Manche können das tun, ich nicht.

Michel: Im Uebrigen ist die Sache gesetzlich geregelt und lässt sich durch eine Abstimmung nicht so ohne weiters aus der Welt schaffen. Wer solche soziale Gefühle in sich hat, der möge sein heuriges Betreffnis zum Wohle des Landes opfern. Ich unterstütze diesen sozialen Gedanken, auch ich bin bereit, meinen Lohn zu opfern. Aber ich bin gegen die heutige Abstimmung, das würde eine Gesetzesänderung bedeuten. Es müsste ein anderes Gesetz geschaffen und dies zuvor in der Finanzkommission behandelt werden.

Chef: Heute Abend liegt jedem der Zahltag unten bereit. Ich empfehle den Armenfond Ihrem Wohlwollen, wenn Sie ein bescheidenes Scherflein an denselben beitragen. Auch über das Neujahr, werden wie zu Weihnachten, wieder Leute kommen, die froh sein werden, etwas zu erhalten.

Ospelt: Ich möchte das schon bemerken, dass man das nicht so ins Lächerliche zieht.

Reg. Chef: Es wird absolut nicht ins Lächerliche gezogen. Ich bin hocherfreut über diese Anregung. Es kommt aber keinen anderen Weg, als dass jeder freiwillig auf den Gehalt verzichtet, wir müssten sonst ein Gesetz machen

ospelt: Wenn man nicht machen kann, muss ich ~~darauf verzichten~~ meinen Antrag zurückziehen, sonst hätte ich gerne eine Abstimmung gehabt hierüber.

ident: Ich wäre nicht dagegen, aber ich muss bemerken, dass es Leute geben kann, die in den Landtag gewählt werden, die dem Lande gute Dienste leisten könnten, die aber auf die Entschädigung angewiesen sind.

ospelt: Wenn man nicht alles geben wollte, könnte man die Hälfte hergeben

ident: Was man tun kann, ist eine freiwillige Sache.

el: Der Gedanke ist sehr sozial, aber praktisch undurchführbar. Ein halbwegs Bedürftiger könnte sonst das Amt nicht mehr übernehmen. Wenn jemand fähig ist, dieses Amt als Abgeordneter zu verwalten, gebührt ihm dieses Taggeld auch.

ospelt: Ich bin gezwungen meinen Antrag zurückzuziehen, wenn dies jetzt nicht möglich.

Es erfolgt sodann die endgiltige Abstimmung über das Finanzgesetz in der vorgelegten Form durch Handerhebung.

Ergebnis der Abstimmung:

Alle Abgeordneten einverstanden. (Abg. Gassner augenblicklich abwesend.)

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Querdamm Gamprin.

ident: Ich betone, dem Abgeordneten von Ruggell, dass in der Sache sowohl die Regierung, wie der Landtag ihre Meinung zum Ausdrucke gebracht haben. Die Regierung ist bestrebt und absolut dafür, dass die Verstärkung und Aufschüttung geschehe. Der Landtag des Oberlandes hat die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer solchen Arbeit eingesehen. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, dass die damals betonten Gegensätze sich klären, dann würde sich, glaube ich, ohne Weiteres eine leichte Lösung finden lassen.

Wenn es nicht möglich ist, derartige Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, so müssten die Verantwortung jene übernehmen, die die Gegensätze geschaffen haben.

Herr Marxer von Eschen wird ersucht, seinen Standpunkt in der Sache darzulegen.

Marxer: Ich begreife, es, der Standpunkt der Ruggeller, dass der Querdamm erhöht und ausgebaut werden soll, ist vollständig richtig. Sie hatten in diesem Jahre 2 bis 3 mal Gefahr. Wir in Eschen sind aber dieses Jahr schon dreimal "versoffen", wenigstens unsere Gründe. Bei uns sagt man oft, wenn man den Ruggellern den Querdamm erhöht, kümmern sie sich um uns nicht mehr, dann sagen sie, wir sind jetzt sicher. Dem könnte vorgebeugt werden. Es soll in Ruggell eine Bürgerversammlung abgehalten werden. Es soll dann Beschluss gefasst werden, dass, falls die Esche separat oder der Kanal abgeleitet wird, Ruggell dagegen keine Einwendungen erhebt. Dann wäre allen geholfen und wir könnten ruhig sagen, wir sind einverstanden mit der ~~Kanalverhöhung~~ Dammerhöhung.

Linier: Betreffs Versumpfung schliessen wir uns dem Standpunkte der Eschner an. Was die Eschner machen, genügt auch den Maurern. Die Regierung soll alles mögliche in Bewegung setzen, dass Vorarlberg unseren Kanal hinunterlässt. Die Regierung soll baldmöglichst trachten, die Sache zu fördern. Weiteres kann ich auch nichts sagen. Mauren schliesst sich vollkommen Eschen an.

Chef: Der Abgeordnete Batliner hat die Regierung ersucht, bei Vorarlberg dahin zu wirken, dass die Abführung der Binnengewässer durch Vorarlberg möglich ist. Ich habe schon betont, dass wir am gleichen Tage an die Vorarlberger Landesregierung geschrieben haben und an Oberbaurat Nesper, als die Konferenz in Bendorf war, und haben Vorarlberg gebeten, uns das angeblich fertiggestellte Projekt zur Verfügung zu stellen. Wir hatten die Absicht gehabt, in Bregenz allenfalls persönlich vorstellig zu werden.

og. Büchel: Ich kann dem Regierungschef nur bestätigen, dass wir uns sehr mit der Sache befasst haben, in verschiedenen Regierungssitzungen. Der Herr Regierungschef tut das Möglichste, trotzdem störe ich ihn immer wieder. Nur wegen der vielen anderen Arbeiten, wegen der Sparkassa, ist es gekommen, dass das nicht längstens schon geschehen ist. Ich glaube, dass wir in Vorarlberg persönlich vorstellig werden müssen. Ich glaube, dass sich die Sache mit der Zeit lösen lässt, wir hoffen es wenigstens.

Hoop: Mit den Vorschlägen von Eschen und Mauren, wäre ich eigentlich ganz einverstanden, sie sind für mich gerade von Vorteil, denn sonst könnte später, wenn das Wasser einmal hinunter sollte, eine Gegenaktion einsetzen und man könnte sich sagen, der hat unsere Gemeinde verkauft. Wenn aber eine Abstimmung in der Gemeinde stattfinden soll, bin ich einverstanden.

Hoop. Der Gemeindeversammlungsbeschluss würde uns dann zur Kenntnis gebracht.

er Eschen: Bei der heutigen Abstimmung sollte die Bedingung, dass Ruggell keinen Einwand erhebt, miteinbezogen werden.

ident: Mir scheint, es hat bereits zwischen den unterländischen Gemeinden eine grosse Verständigung stattgefunden. Bei der Sitzung in Bendorf war es noch ganz anders.

erker: Ich möchte nochmals dringend ersuchen, dass die Regierung mit allen Mitteln die Sache beschleunigt, wegen der Binnengewässer. Die Misère, die wir haben, ist himmeltraurig. Wir haben viele Leute, die anderswo keinen Boden haben, als im Riet.

iner: Wir haben in einer Gemeinderatsversammlung über den Querdamm geredet, wir haben jedoch nicht darüber beschlossen, ob er gemacht oder nicht gemacht werden soll.

ident: Die halbe Million Kredit für die Rheinwuhrbauten, in die auch der Querdamm einbezogen ist, ist bereits gewährt. Es handelt sich also jetzt darum, dass die Regierung, die für die Wiederherstellungsarbeiten bevollmächtigt ist, dem Bauamt den Auftrag

erteilt, den Querdamm auszubauen, auf die bestimmte Höhe.

Präsident: Ich stelle den formellen Antrag, dass der Landtag beschliesst, die Regierung zu beauftragen, dass in Ruggell baldmöglichst die Gemeindeversammlung einbeurteilt wird.

Hoop: Ich möchte noch bemerken, dass wenn das Wasser auf Ruggeller Boden hinausmüsste, würden wir gleich 300 m ob dem Dorf die Rückstauung haben.

Marxer: Es ist jetzt immer vom Nesperprojekt die Rede

Hoop: Zum Projekt Nesper werden in Ruggell nicht 2 oder 3 dagegen stimmen. Wenns aber anders herauskäme, möchten wir lieber ein Ende mit Schrecken als Schrecken ohne Ende. Für uns ist die Frage nur die, ob das Wasser auf Ruggeller Gebiet hinaus soll oder auf Oesterreicher Gebiet.

Präsident: Auch die Ableitung der Esche ist immer an die Ueberführung ins Vorarlberger Gebiet gedacht.

Batliner: Ich stimme mit der Bedingung zu, entweder Projekt Nesper oder Esche separat abführen.

Büchel: Ich möchte davor warnen, sich speziell auf das Nesper-Projekt festzulegen.

Marxer: Es ist ausgeschlossen, dass man mit dem Wasser auf Ruggeller Gebiet hinausginge, das wäre zu gefährlich.

Es wird beschlossen, für die Gemeindeversammlung in Ruggell folgenden Gemeinderatsbeschluss zu formulieren:

"Die Gemeinde Ruggell verpflichtet sich, der Ableitung eines geplanten Binnenkanals oder der Esche separat über ihr Gebiet nach Vorarlberg kein Hindernis entgegenzusetzen."

Nach Fassung dieses Beschlusses soll dann die Regierung dem Bauamte den Auftrag erteilen, mit den Arbeiten sofort zu beginnen.

Sämtliche Abgeordneten sind hiemit einverstanden.

Es wird sodann zur Wahl des Landesausschusses geschritten:

Ergebnis: Batliner mit 13 Stimmen, die Abgeordneten Ammann

Hoop und Gassner mit je 12 Stimmen. Abgegebene Stimmen 14.

Präsident: Ich möchte somit den offiziellen Arbeitsteil der heutigen Sitzung schliessen und danke den Herren für die Mitarbeit, wofür ich Ihnen danke. Ich freue mich, dass trotz gewisser Gegensätzlichkeiten doch

erspriessliche Arbeit geleistet wurde. Zwar ist die Arbeit nicht so nach ~~Aussen~~ hervortretend, sondern ist mehr eine Arbeit nach Innen gewesen. Ich möchte auch noch der Regierung den Dank für die Arbeit im Landesinteresse aussprechen. Wenns ein Punkt gibt zur Ver-söhnung, so ist es der Gedanke: ~~xxx~~ Gott und die Heimat, das Bewusstsein, die Pflichten gegenüber dem Lande zu erfüllen.

Es wird sodann beschlossen, am Ende des Jubeljahres nachstehendes Telegramm an Seine Durchlaucht den Landesfürsten abzusenden:

" Seiner Durchlaucht regierenden Fürsten Johann II. von und zu Liechtenstein Feldsberg CSR.

Indem das Jahr zu Ende geht, in dem wir die Wiederkehr des siebenzigsten Jahrestages des Regierungsantrittes Euerer Durchlaucht zu feiern das Glück hatten, entbieten Landtag und Regierung zur letzten Sitzung des Jahres versammelt, nochmals ehrerbietigste Glückwünsche und bitten Euerer Durchlaucht unseren tiefgefühltesten Dank für die in diesem Jahre erwiesenen Wohltaten entgegen zu nehmen.

Landtagspräsident Frommelt
Regierungschef Dr. Hoop."

Schluss 1/2 6 Uhr abends.

Gefertiget:

Frommelt

Franz Hoop

Spurg